

Erziehung: Einrichtungen in der Kernstadt sollen keine Jungen und Mädchen aus den Stadtteilen aufnehmen

Ärger um Kindergartenplätze

Von unserem Redaktionsmitglied Alexandra Hoffmann

Lampertheim. Während man sich die Grundschule für sein Kind nicht aussuchen kann, sondern mit der Einrichtung vorlieb nehmen muss, in deren Bezirk man wohnt, haben Eltern beim Kindergarten die - gesetzlich verankerte - freie Wahl. In Lampertheim-Mitte und Neuschloß sind Kindergartenplätze derzeit allerdings ausschließlich Jungen und Mädchen vorbehalten, die in diesen Gebieten wohnen. Kinder aus den Stadtteilen werden von vornherein abgewiesen.

Der Verein "Pro Hüttenfeld" hat sich nun darüber beschwert, dass Hüttenfelder Kinder keine Kindergartenplätze mehr in der Kernstadt erhalten. Mit dem Kindergartenwahlrecht beschäftigt sich in der nächsten Woche nun der Ausschuss für Familie, Jugend und Senioren (FaJuSeA). Die Lampertheimer CDU hatte zu dem Thema bereits eine Anfrage in der jüngsten Stadtverordnetenversammlung gestellt (wir berichteten).

In einer Tischvorlage für die Ausschusssitzung, die unserer Zeitung vorliegt, schreibt der Leiter der Stabsstelle Kinder und Senioren, Bernd Ranko, dass in der Vergangenheit immer wieder Eltern aus Hüttenfeld ihre Kinder in Kitas in Lampertheim-Mitte, Neuschloß und umliegenden Städten angemeldet hätten. "Diesem Elternwunsch wurde nachgekommen, wenn freie Plätze vorhanden waren", heißt es weiter. Weil durch das neue Baugebiet derzeit aber alle Kitas in der Kernstadt belegt seien, respektive zum neuen Kindergartenjahr belegt würden, habe Ranko die "kommunalen und einen Teil der konfessionellen Einrichtungen" angewiesen, keine Kinder aus den Ortsteilen oder von außerhalb mehr aufzunehmen. Anfragen diesbezüglich seien lediglich aus Hüttenfeld und nicht aus den anderen Stadtteilen gekommen.

Stadt fürchtet Mehrkosten

Die Verwaltung argumentiert, dass bei konsequenter Umsetzung des Wahlrechts hohe Mehrkosten entstehen würden. Zum einen fürchtet sie, in der Kernstadt zusätzliche Kitaplätze schaffen zu müssen. Zum anderen hätten freie Plätze in Hüttenfeld zur Folge, dass der Stadt dort Gebühren durch die Lappen gingen und sich der städtische Betriebskostenzuschuss erhöhen würde.

Zum Ende der Drucksache heißt es, die Stadt setze darauf, dass die Kita Hüttenfeld durch eine "Anpassung der konzeptionellen und organisatorischen Arbeit" von "möglichst allen Eltern akzeptiert und angenommen" wird. Der Pressesprecher der Stadt Lampertheim, Stefan Nickel,

will sich zu dem Vorgang gegenüber unserer Zeitung nicht äußern und verweist auf die öffentliche Sitzung des FaJuSeA am kommenden Donnerstag, 8. März.

Reinald Fuhr, Pfarrer der evangelischen Kirchengemeinde Hüttenfeld, der Trägerin der Kindertagesstätte, findet nicht, "dass es einer grundsätzlichen Diskussion über die Wahlfreiheit bedarf". Und über die Kita in Hüttenfeld erst recht nicht. Wie Fuhr gegenüber dem "Südhessen Morgen" sagte, bereiteten die Eltern derzeit einen Brief an den Bürgermeister vor, in dem sie ihre Zustimmung zu der Einrichtung und zu dem offenen Konzept betonen.

Fuhr glaubt nicht, dass besonders viele Hüttenfelder - wenn sie denn könnten - ihre Kinder in der Kernstadt anmelden würden: "In den vergangenen Jahren hatten wir oft mehr Anmeldungen als Plätze."

Reizwort "offenes Konzept"

Derzeit verliere die Einrichtung hauptsächlich Kinder, deren Eltern einen Krippenplatz brauchen. Das könne man in Hüttenfeld aber derzeit nicht anbieten. Die Eltern wichen deshalb aus, meist nach Neuschloß, wo die Kinder dann oft auch die Kita besuchten. "Für uns ist darum wichtig, dass endlich mit der Stadt geklärt wird, ob bei uns U3-Plätze eingerichtet werden sollen. Dann können wir planen", sagt Fuhr. Dass das sogenannte offene Konzept für manche Eltern ein "Reizwort wie früher Gesamtschule" darstelle, räumte Fuhr ein. "Wir arbeiten in Hüttenfeld aber nicht aus ideologischen Gründen danach, sondern weil es sich im Laufe der Zeit einfach so entwickelt hat." Er schloss nicht aus, dass bestimmte Elemente der offenen Arbeit auch wieder eingeschränkt werden könnten, wenn Eltern oder Erzieherinnen dies wünschten. Denn die Arbeit in einem Kindergarten sei ein sich ständig weiterentwickelnder Prozess.

© *Südhessen Morgen*, Mittwoch, 29.02.2012